

Selbstbewusste PädagogInnen, rechte Wutlehrer und frustrierte Untertanen

Es soll Schulen geben, wo selbstbewusste, gut ausgebildete, kinder- und menschenfreundliche PädagogInnen im Rahmen gesetzlicher Bildungsaufträge mit ihren SchülerInnen arbeiten: wissenschaftlich, didaktisch und pädagogisch begründet, lebendig und illusionslos optimistisch. An diesen Schulen gibt es immer wieder Veränderungen, weil Gesellschaft und SchülerInnen, Gegenwart und Zukunftsaussichten nicht so bleiben, wie sie geworden sind. Gesetzgebende VolksvertreterInnen werden gewählt oder abgewählt, Regierungen kommen und gehen, Reformen angesagt. Sie sind mehr oder weniger vorläufig und unvollkommen, rechtzeitig oder verspätet. Die selbstbewussten, gut ausgebildeten, kinder- und menschenfreundlichen PädagogInnen prüfen, was da „von oben“ als Gesetz oder Verordnung kommt. Sie prüfen, was sinnvoll und vielleicht sogar innovativ ist, und werken weiter mit ihren SchülerInnen, im Rahmen gesetzlicher Bildungsaufträge, engagiert und selbstbewusst.

Wenn aber eine Regierung bei der Bildung und im Sozialbereich, bei LehrerInnen und ihren Arbeitsplätzen einsparen, die Arbeitszeit erhöhen und Einkommen kürzen will, dann zeigen sich diese PädagogInnen als selbstbewusste ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaftsmitglieder, kämpferisch und solidarisch.

Es gibt auch andere Schulen. Da werken LehrerInnen und erst recht die ihnen Vorgesetzten ganz ohne diese selbstbewusste Zivilcourage. Sie sind bemüht, verlässlich und brav, ganz ohne die subversive k.k. Widerständigkeit des braven Soldaten Schwejk. In diesen Schulen pochen Lehrer Lempel mit ihren Zeigefingern auf das wohlverworbene Recht eines jeden Untertanen auf ordentlich erlassene Verordnungen, auf verbindliche Vorschriften und andere huldvolle Handreichungen der Obrigkeit, damit der wahre und gute Dienstbetrieb seinen gewohnten Gang immer weitergehen kann. Wenn aber nicht alles fristgerecht vorgegeben, geregelt, vorgekaut und eingebläut wird, dann ist Verstörung angesagt, weil sich

ein unerhörter Interpretations- und Entscheidungsspielraum für die LehrerInnen auftun könnte. Was denn tun, wenn die überlastete Hotline des Ministeriums verunsicherten NachfragerInnen in die Warteschleife schickt?

Gottlob haben Lempel und Lämmer bewährte Ständesstellvertreter, die ihrer Verunsicherung und ihrem zaghaften Unmut die rechte Wut und Bissigkeit verleihen. Raunzen und Schimpfen sind angesagt, nicht mehr still und leise, sondern ungeniert laut und auf hohem Niveau. Arbeitsplätze, Arbeitszeit, unbezahlte Zusatzarbeiten, Einkommen und das tägliche Auskommen mit Kindern und Jugendlichen, spielen dabei keine Rolle. Statt für ArbeitnehmerInnen-Interessen zu streiten, wird überforderten Eltern mit dem Entzug der Kinderbeihilfe gedroht, Matura-Prüfungen mit Störsendern vor dem SchülerInnenklo, und der gesamt-schulversessenen Gesetzesbrecherin im Ministerium mit der Bundespersonalvertretungsaufsichtskommission.

Glosse von Rosa Baer

BundeslehrerInnentag 2012 Einladung und Programm

Neue Autorität

Mittwoch, 7. März 2012, 08:45 Uhr
Volkshaus Pichling-Solarcity,
Lunaplatz 4, 4030 Linz-Pichling

08:45 Uhr
Büchertische, Info-Stände mit KollegInnen von ÖLI-UG und UBG
09:00 Uhr
Begrüßung, Kurzinformationen von ÖLI und Bildungsgewerkschaft
09:15 Uhr
Information zu **attac-workshops** für SchülerInnen oder LehrerInnen von Klaus Spöck zu Themen wie Globalisierung und Finanzmärkte
09:35 Uhr
Information von Ralf Wimmer zur nachfolgenden Arbeitsgruppe
09:45 Uhr
Seminarraum: „Was soll die ÖLI tun? Was wollen die LehrerInnen?“, Arbeitsgruppe mit Ralf Wimmer und anderen ÖLI-MandatarInnen

Großer Saal: „Neue Autorität“
Vortrag (vgl. Kreidekreis 11/2011 S.2), Diskussion, evt. Kleingruppenarbeit mit Hans Steinkellner, Diplomsozialarbeiter, Coach, www.neueautoritaet.at

12:00 Uhr
Plenum: Berichte/Zusammenfassungen von Ralf Wimmer u. Hans Steinkellner.
12:30 Uhr
Mittagessen, Möglichkeit zum weiteren Gedanken- und Erfahrungsaustausch und zu Gesprächen mit Personalvertretungs- / Gewerkschafts-MandatarInnen und KollegInnen von ÖLI und UBG.
Speisen und Getränke werden von ÖLI und UBG organisiert. Um Spenden für Essen und Organisationskosten wird ersucht.
13:30 Uhr
PV-Schulung und KollegInnen-Beratung: Transparenz, Mitbestimmung und Solidarität als Basis eines guten Schulklimas

Der Besuch ist allen oö. BundeslehrerInnen gemäß Erlass des LSR gestattet, zeitgerechte (fraktionsneutrale) Anmeldung in der Direktion erforderlich. Weitere Hinweise zur Anfahrt erhalten Sie unter www.oeli-ug.at.

Einladung zum BundeslehrerInnentag
Unsere beiden Themen zur Auswahl:
Neue Autorität
Was soll die ÖLI tun?

Ablauf:
08:45 Uhr Büchertische, Info-Stände, Möglichkeit zum Gespräch mit KollegInnen von ÖLI-UG und UBG
09:00 Uhr Begrüßung, Kurzinformationen von ÖLI und Bildungsgewerkschaft von Klaus Spöck (ehem. ÖOLI-Vors.) zu Themen wie Globalisierung (Ernährung, Rohstoffe, Hunger, Nahrungsmittelspekulation) und Finanzmärkte („Schuldenkrise“ und Lösungsvorschläge)
09:15 Uhr Information von Ralf Wimmer zur nachfolgenden Arbeitsgruppe
09:35 Uhr Aufteilung:
- Seminarraum: „Was soll die ÖLI tun? Was wollen die LehrerInnen?“ Arbeitsgruppe mit Ralf Wimmer und anderen ÖLI-MandatarInnen
- Großer Saal: „Neue Autorität“ Vortrag, Diskussion, evt. Kleingruppenarbeit mit Hans Steinkellner, Diplomsozialarbeiter, Coach, www.neueautoritaet.at

Auch in dieser Ausgabe:

- Genug ist nicht Genug oder Alles bleibt besser: Bildungsvolksbegehren i. Parlament v. Reinhart Sellner (S. 2).
- UGöd: Kosten der Krise nicht auf ArbeitnehmerInnen und öffentlich Bedienstete abwälzen (S. 4)!
- Muttersprache Deutsch!? Trixi Halmma (S. 5).
- Folge 2 der Serie „Schulsozialarbeit“ von Günter H. Brus (S. 7). Beginn der Serie ist im BS-Kreidekreis 10/2011, Zeitschrift downloadbar unter www.kreidekreis.net.

Inhalt

- 1 • Selbstbewusste PädagogInnen, rechte Wutlehrer und frustrierte Untertanen; Glosse Rosa Baer
- BundeslehrerInnentag 2012, Einladung und Programm
- Kreidekreis Kurzübersicht
- 2 • Genug ist nicht Genug oder Alles bleibt besser: Bildungsvolksbegehren im Parlament. Reinhart Sellner
- 3 • Faschingsruf: Ein Alp von stow
- 4 • UGöd: Kosten der Krise nicht auf ArbeitnehmerInnen und öffentlich Bedienstete abwälzen!
- Buchtipp: Der Duft der Dichtung. Schriften zu Literatur und Biographie von Christoph Janacs
- 5 • Muttersprache Deutsch!? Trixi Halama
- 6 • Kurzmitteilungen
- Neuer HAS-Lehrplan für die Praxishandelschule – Ganztagesform, Manfred Sparr
- Buchtipp: Anti-Sarrazin von Sascha Stanicic, Bernhard Golob
- Mauthausen Komitee, Angebote für Jugendliche und LehrerInnen
- 7 • Schulsozialarbeit wird gesellschaftlich anerkannt. Mag. Günter Brus
- 8 • PVAK-Entscheidungen
- Fördertransparenz in Österreich, DANKE an unsere Förderer!
- ÖLI AHS BMHS Seminar für Wien, NÖ, Burgenland
- Hinweise auf Artikel in oeli-ug.at

Impressum: EHV: ÖLI-UG, Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie, 4643 Pettenbach, Pflasterweg 7.
Redaktion: Josef Gary Fuchsbauer, Dietmar Mühl und die AutorInnen der Beiträge.
Papieraufgabe: 28.000.
Der Kreidekreis ist das Informations- und Diskussionsorgan der ÖLI-UG.
LeserInnen-Beiträge zu schulrelevanten Themen sind willkommen!
ÖLI-Beitritt bzw. Bestellung eines Kreidekreisabonnements unter:
oeli@kreidekreis.net od. 0680 2124358, bzw. direkte Einzahlung von
€ 7,- für ein Kreidekreisabo / Jahr
€ 45,- für Mindestmitgliedsbeitrag / Jahr bzw.
€ 30,- Mitgliedsbeitrag inkl. Kreidekreis-Abo und Berufsrechtsschutz / Monat auf
PSK Nr. 78420320, BLZ 60000, ÖLI

Genug ist nicht Genug oder Alles bleibt besser: Bildungsvolksbegehren im Parlament



Reinhart Sellner
Gewerkschafter (UGöd) im VBBI, 31.1.2012
sellner@oeli-ug.at

*380.000 UnterzeichnerInnen als Schubkraft für seit Jahrzehnten blockierte Bildungsreformen!
Parlamentarischer Sonderausschuss zum Bildungsvolksbegehren beschlossen!*

Was viele Bildungsbewegte befürchtet und die ÖVP-Hardliner hinter Generalsekretär Hannes Rauch angestrebt haben, ist fürs Erste nicht eingetreten: Die Anliegen des VBBI wurden nicht „schubladiert“, im Gegenteil: Der Nationalrat hat bei der 1. Lesung des Volksbegehrens am 19.1.2012 einstimmig die Einrichtung eines „besonderen Ausschusses“ beschlossen, der die 12 Forderungen des Volksbegehrens in 5 Halbtagesblöcken beraten und dazu VBBI-ExpertInnen beziehen wird. Erste Sitzung: 1. Februar 2012.

Damit stehen in den nächsten Wochen die Vorschläge des Bildungsvolksbegehrens für eine demokratische Bildungsreform auf der parlamentarischen Tagesordnung, die von den Bewahrern des Status quo in der ÖVP und in den LehrerInnengewerkschaften der GÖD gern totgeschwiegen werden:

- Elementarbildung (ganztägige Krippen und Kindergärten) auf bundesgesetzliche Grundlage, denn soziale Chancengleichheit beginnt im Elementarbildungsbereich
- Gemeinsame Universitäre PädagogInnen- und LehrerInnenausbildung
- ganztägige gemeinsame Pflichtschule mit individueller Förderung aller Kinder und Jugendlichen
- Schulverwaltungsreform: Ressourcen weg von der mehrgleisigen Bundes-/Landes-/Bezirksschulverwaltung hin zu Schulen/Schulverbänden als demokratisch verfasste Einheiten (LehrerInnen-, Eltern-, SchülerInnenmitbestimmung). Bundeskompetenz in Gesetzgebung und Vollziehung.
- einheitliches Bundesdienstrecht für alle LehrerInnen
- ausreichende Bildungsfinanzierung.

Kontroverstele Einigkeit

21 RednerInnen haben sich zum Volksbegehren zu Wort gemeldet, ehe der Sonderausschuss einstimmig beschlossen wurde. Alle outeten sich als überzeugte Ernstnehmer der direkten Demokratie.

SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer, der die Einsetzung des Sonderausschusses mit den Parlamentsparteien ausverhandelt hat, war voll des Lobes für die 400.000 UnterstützerInnen des Volksbegehrens und die Impulse für die Regierungsarbeit. Er nannte Oberstufenreform, Nachholen von Schulabschlüssen und ein die LehrerInnen motivierendes neues Dienstrecht.

Werner Amon will namens der ÖVP die VBBI-Inhalte im Sonderausschuss genauer anschauen und zu einer gemeinsamen Entschließung kommen über das „was uns eint“, weil es im Regierungsprogramm steht. Mitte der Legislaturperiode sei davon schon viel erreicht, die gemeinsame Schule gehört nicht dazu. Das spricht Amon nicht so klar aus, das erledigt der ÖVP-Abgeordnete Nikolaus Prinz: „Die ÖVP will weder die Ganztagschule noch die Gesamtschule, denn die Menschen wollen keine Gleichmacherei, sondern ein differenziertes Schulsystem“.

**Die neue Mittelschule wird Hauptschule bleiben, das Gymnasium bleibt das gute, alte Gymnasium.
Alles bleibt besser.**

Für diese Sager von Prinz gab es nur mit FPÖ-Hauptredner HC Strache Gleichklang und Schulterschluss. Die FPÖ ist gegen die „SPÖ-Mottenkiste“, gegen die Gesamtschule, die überall „soziale Verschlechterungen“ bringt und „Niveauperlust“, „was schon das Max Planck-Institut für Deutschland nachgewiesen hat.“ Im Gegensatz zu Kanada, Finnland, Schweden hat Deutschland zwar keine gemeinsame Schule, aber wer sich der ÖVP als Koalitionspartner andienen will, der zitiert auch die Unwahrheiten, die schwarze AHS-Gewerkschafter so geniert verbreiten.

Schulverwaltungsreform als zentrales Thema

Die Forderung einer Schulverwaltungsreform, die Gesetzgebung, Finanzierung und Vollziehung dem Bund zuordnet und die operative Umsetzung den eigenverantwortlichen Schulen bzw. Schulverbänden, stand einigermaßen überraschend im Zentrum der Nationalratsdebatte: Abschaffung der Mehrgleisigkeiten in der Schulverwaltung, der Landes- und Bezirksschulräte, und Ver-

lagerung dieser Ressourcen an die Schulen, zu den SchülerInnen. SPÖ, Grüne, BZÖ und in dieser Frage auch die FPÖ-Abgeordneten sprachen sich für diese Forderung des Volksbegehrens aus.

Die ÖVP-RednerInnen sprachen nicht dagegen, obwohl machtbewusste Landesparteihauptmänner und GÖD-Funktionäre strikt dagegen sind. Der zu diesem Zeitpunkt vorsitzende 2. Nationalratspräsident Neugebauer blätterte in der RednerInnenliste. ÖVP-intern wird das VBBI in der Schulverwaltungsfrage einig an Diskussion auslösen.

LehrerInnenbildung, PädagogInnenbildung als Kompetenzfrage

Die LehrerInnenbildung NEU ist für die SprecherInnen der Regierungsparteien „auf dem Weg“, wie vieles, was im Volksbegehren eingefordert wird.

Zur Zeit „steht“ dieses Reformvorhaben, denn über die Kompetenzen für die universitäre PädagogInnenbildung wird gestritten. Die Unterrichtsministerin will die LehrerInnenbildung an den praxisorientierten Pädagogischen Hochschulen (PH) und damit in ihrer Zuständigkeit halten, wenigstens als Ausbildungsstätte für Volksschule und Sekundarstufe I inklusive AHS-Unterstufe. Die Tatsache, dass die von den Unis vernachlässigte Weiterbildung ihrer Lehramtsabsolventen de facto an den PH erfolgt, ist ein weiteres Argument, außerdem soll es vermehrt Forschungsaufgaben und die dafür erforderlichen Ressourcen geben und PH-Master-Studien.

Das neue, wissenschaftliches Arbeiten fördernde Bundesdienstrecht für die PH-Lehrenden dürfte für den ungesicherten Uni-Mittelbau eine anziehende Wirkung haben, trotz der eingeschränkten PH-Autonomie. Für Minister Töchterle ist die Universitätszuständigkeit für die LehrerInnenbildung keine Frage, denn nur die Autonomie von Universitäten garantiert für ihn die Wissenschaftlichkeit der allgemeinen bildungswissenschaftlichen, der psychologischen Fächer und der Fach-Studien.

Zur gemeinsamen LehrerInnenbildung sagte der Wissenschaftsminister nichts, erst recht nichts zur Ausbildung von KindergärtnerInnen, von VolksschullehrerInnen oder zu SonderpädagogInnen. Diese Ausbildungen können für ihn und die ÖVP an den PH bleiben, das erspart den Unis die Errichtung von Lehrstühlen und Instituten. Mehr als eine vermehrte Kooperation mit den PH ist anscheinend nicht notwendig, auch



www.oli-ug.at

wenn die von Schmied und Karl damit beauftragten ExpertInnen und Arbeitsgruppen die Grundzüge einer gemeinsamen PädagogInnenbildung längst ausgearbeitet haben. Ohne politische Kompetenz-Entscheidung wird nichts weitergehen, die Landeshauptleute, die ihre PflichtschullehrerInnen weiter fest im Griff haben wollen und dazu ihren Hausherrn-Einfluss auf die regionalen PH, und die ÖVP-Standespolitiker der AHS-Gewerkschaft werden nichts dagegen haben. Die BildungsvolksbegehrenInnen haben mit dem Sonderausschuss erreicht, dass die gemeinsame PädagogInnenausbildung wieder auf die Tagesordnung kommt, dass erstarrte Fronten in Bewegung kommen könnten.

Was die Finanzierung der Unis angeht, so zahlt für Karlheinz Töchterle der Bund bereits überproportional genug. Und wenn es für ihn Finanzprobleme gibt, dann liegen die in der ungenügenden Privat- und Drittmittelfinanzierung und in den abgeschafften Studiengebühren. Er hätte jedenfalls kein VBBI gebraucht.

Elementarbildung ohne den zuständigen Familienminister

Während die MinisterInnen Schmied und Töchterle bei der 1. Lesung des Volksbegehrens ihre Ressorts, ihre Meinungen und die Bundesregierung vertraten, fehlte der für den Elementarbildungsbezug zuständige Familienminister Mitterlehner. Von den DebattenrednerInnen setzte sich nur Daniela Musiol von den Grünen mit den vom VBBI aufgeworfenen Problemen der fehlenden Krippen, der fehlenden Ganztags-Kindergärten und der deregulierten, schlechten Arbeitsbedingungen und Einkommen der KindergärtnerInnen auseinander. Sie forderte bundesgesetzliche Regelungen für alle Kinderbildungseinrichtungen und bundeseinheitliche Standards auch was die universitäre Ausbildung und die entsprechende Bezahlung der ElementarpädagogInnen angeht.

Ob und wie weit die von einem Teil der Abgeordneten dem Volksbegehren zugesprochene „Schubkraft“ die 1. Lesung im Nationalrat überdauern und die österreichische Bildungspolitik weiterbringen kann, wird sich zeigen.

Links: VBBI-Forderungen: www.vbbi.at/volksbegehren/forderungen.

Aktuelle Verhandlungsgrundlagen der VBBI-VertreterInnen für den parlamentarischen Sonderausschuss (Konstituierung 1.2., erste Themensitzung/Elementarpädagogik 1.3.2012), beschlossen beim 4. VBBI-Vernetzungstreffen am 12.1.2012, Zusammenfassung der Diskussionen/Ergebnisse: www.oli-ug.at/VBBI20120112.pdf

Faschingsruf: Ein Alp von stow

Bildungs- und Ratingagenturen

Unser standard der is poor, doch für uns reicht'a, er is gnua! Bildung im zeichen von ratingagenturen, volksbegehren und tripl a begehrllichkeit. Wer hat heute keine angst mehr vor diesen zeichen und begriffen wie schuldenbremsen, lese-/rechtschreibschwächen und rettungsschirmen. Na, gib's zu, auch du wunderst dich, dass die ratingagenturen so gegen uns raten, zuerst das ganze land, dann die länder des landes, dann die gemeinden des landes, dann die schulen des landes – äh nein, des hamma eh schon von die eigenen – und dass die pisaisten uns immer weiter downgraden gerade so, wie's uns jetzt die a's vom tripl a grad nur so um die ohren hauen. Ja im 13-er jahr (des letzten jahrhunderts) wie meine großmutter, als sie mein vattan geboren hat, „kaiser franz josef hilf“ g'schrien und wirklich dran glaubt hat, dass er ihr hilft, so muss ich mir heute die anrufung der minister st.lobbyist und st.spekulant verkneifen, weil ja grad sie es waren, die mit den von ihnen erzielten ergebnissen und gewinnen der tristesse den weg geebnet haben. Vielmehr sollt ich rufen „warum hab ich nichts gscheites glernt, spekulant, lobbyist oder gar ratingagent hält ich werden solln, dann bräucht ich heut nicht so zittern.“ Dann tätn jetzt die Staaten vor mir zittern und alles tun, nur damit es mir und meinesgleichen an nichts fehlen würd. Ha, da würd ich immer höhere rettungsschirme bauen lassen, dass zweimal die welt (ver)kaufen könnten und dann tät ich ihnen gleich noch ein a oder b rauben. Dann könntn's für die bildung, die arbeitslosen, die kranken und für die faule bevölkerung kein geld mehr ausgeben, die täten immer dümmer, ärmer, kränker werden und als dank tätn dann alle mich anrufen, so wie meine großmutter damals den kaiser angrufen hat, damit ich ihnen hülfe. Die bildungsagenten+turen tät ich vervielfachen und sie so lange raten lassen, bis sie der bildung nicht nur das b,d,g,i,l,n, sondern auch noch das u runtergeratet und die ewigen miesmacher in die wüste geschickt hätten, denn fürs smsen und fürs einmaleins braucht's keine bildung nicht und mehr is sowieso luxus. Tät ich aber nicht, denn nur so blieb ich die katze und sie die mäuse. Aber leider, die wirklichkeit sieht anders aus, ich mause mit den andern mäusen und träum vom aaa, dem kapital der andern, oder von ihrem sms-sprech: wia hom an standard, der is poor, doch für uns reicht'a, er is gnua.

OLI-UG

UGöd: Kosten der Krise nicht auf ArbeitnehmerInnen und öffentlich Bedienstete abwälzen!

UG im öffentlichen Dienst für GÖD-Aktivitäten zur solidarischen Durchsetzung der ÖGB- und AK-Positionen zur Budgetkonsolidierung

„Der Anstieg der Staatsschulden in Österreich wie auch in der EU ist eine direkte Folge der von Banken und Finanzmärkten ausgelösten Wirtschaftskrise. Er ist hingegen nicht auf eine unfinanzierbare Ausweitung des Sozialstaats oder der Verwaltungsausgaben zurückzuführen. Das Verursacherprinzip und das Leistungsfähigkeitsprinzip legen nahe, die ArbeitnehmerInnen und all jene Menschen, die auf den Sozialstaat angewiesen sind, nicht weiter zu belasten. Es ist nun Zeit, die Hauptprofiteure der riesigen Finanz- und Unternehmensgewinne vor der Krise, aber auch der Konjunktur- und Bankenpakete in der Krise substanziell an der Sanierung des Staatshaushalts zu beteiligen.“ (aus dem von ÖGB und AK erarbeiteten Positionspapier zur Budgetkonsolidierung, 20.1.2012 - www.oegb.at)

Verunsicherung und Resignation der KollegInnen beenden

Der GÖD-Vorstand beklagt in seiner Resolution vom 1.2.2012 die „große Verunsicherung der Kollegenschaft“ und appelliert an die Regierung, kein einseitiges Budgetkonsolidierungspaket zu Lasten der öffentlich Bediensteten zu beschließen und stattdessen mit der GÖD „Verhandlungen für ein neues Dienstrecht mit modernen und attraktiven Besoldungsverläufen unverzüglich fortzusetzen“ und „Verhandlungen über 599 Vorschläge des Rechnungshofes zur Verwaltungsreform sofort aufzunehmen“.

Mit diesem diffusen Appell vermeidet die GÖD klare, die Gewerkschaftsmitglieder informierende und mobilisierende Aussagen über die Positionen der GÖD für die zukunftsorientierte Sicherung und den Ausbau des österreichischen Sozial-, Bildungs- und Rechtsstaates und der dazu notwendigen Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst und seiner ausgegliederten Bereiche.

Für eine klare Positionierung der ÖGB-Gewerkschaft GÖD

Den Unabhängigen GewerkschafterInnen wird die Mitarbeit im GÖD-Vorstand statutenwidrig verweigert, ihre ergänzenden Positionen zur GÖD-Resolution vom 1.2.2012:

- Abwehr eines einseitigen Budgetkonsolidierungspaketes zu Lasten aller ArbeitnehmerInnen, damit auch der öffentlich Bediensteten, der prekär Beschäftigten wie der vertraglich Angestellten oder der BeamtenInnen, zu Lasten der Arbeitslosen, der Kinder, der Jungen und der Alten – und zum Vorteil der Vermögenden und KrisengewinnerInnen.
- Budgetkonsolidierung muss sozial gerecht und unter Beteiligung aller sozialer Gruppen erfolgen, einnahmenseitig durch vermögensbezogene Steuern und ausgabenseitig durch zukunftsorientierte Strukturreformen im öffentlichen Interesse, die Qualifikation, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit fördern.

- Verzicht der Regierung auf weiteren Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst (bis 2014 bereits gültig!), sondern Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der für den sozialen Zusammenhalt wesentlichen öffentlichen Leistungen, insbesondere im Bildungs-, Wissenschafts-, Gesundheits-, Justiz- und Sozialbereich.
- Keine vorzeitige Anhebung des ASVG-Frauenpensionsantrittsalters - im öffentlichen Dienst gibt es bereits rund 50% ASVG-Bedienstete.
- Keine Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters, sondern Verbesserung der Arbeitsbedingungen für ältere ArbeitnehmerInnen, Rehabilitation statt Entlassung.
- Verhandlungen der Regierung mit den Sozialpartnern unter Einschluss der GÖD über die Eckpunkte des Konsolidierungspaketes

Für parteiunabhängige ArbeitnehmerInnen-Solidarität

ÖGB und AK haben nicht gewartet, bis die Regierung ein Gesamtpaket vorlegt, sondern mit den von VertreterInnen aller Teilgewerkschaften und Fraktionen diskutierten und beschlossenen „Positionen zur Budgetkonsolidierung“ begonnen, Einfluss auf die laufenden Verhandlungen zu nehmen. Die fcg.GÖD ist verunsichert und verunsichert ihre Mitglieder, weil sie nicht gegen die ÖVP-Parteilinie und für vermögensbezogene Steuern antreten will.

Buchtipps: Der Duft der Dichtung.

Schriften zu Literatur und Biographie von Christoph Janacs

Wie kommt ein Neunjähriger dazu, Karl Mays Winnetou I nicht nur zu lesen, sondern auch noch in zahllosen Pressspanheften nachzuerzählen?

Was wird aus einem Sechzehnjährigen, den Ray Bradburys Fahrenheit 451 packt und nicht mehr loslässt?

Warum wandert einer immer wieder auf den Spuren Adalbert Stifters durch den Böhmerwald und verliebt sich in ein so ganz anderes Land, nämlich Mexiko?

In über 50 Essays, Gedichten und Prosegedichten seines neuen Buchs Der Duft der Dichtung geht Christoph Janacs, Autor und Salzburger HTL-Deutschlehrer, seiner eigenen Lese- und Schreibgeschichte nach, beschäftigt sich mit Dichterpersönlichkeiten wie Ilse Aichinger, René Char, Marguerite Duras, Günther Eich, Franz Kafka oder Octavio Paz und stellt die heute mehr denn je wichtige Frage nach Bedeutung und Wert von Poesie.



Christoph Janacs
Der Duft der Dichtung
Schriften zu Literatur und Biographie arovell

Der Duft der Dichtung. Schriften zu Literatur und Biographie, ein Buch für alle passionierten LeserInnen, kurzweilig und anregend, unakademisch und voll Poesie, erscheint Anfang Februar im Arovell Verlag. www.janacs.at

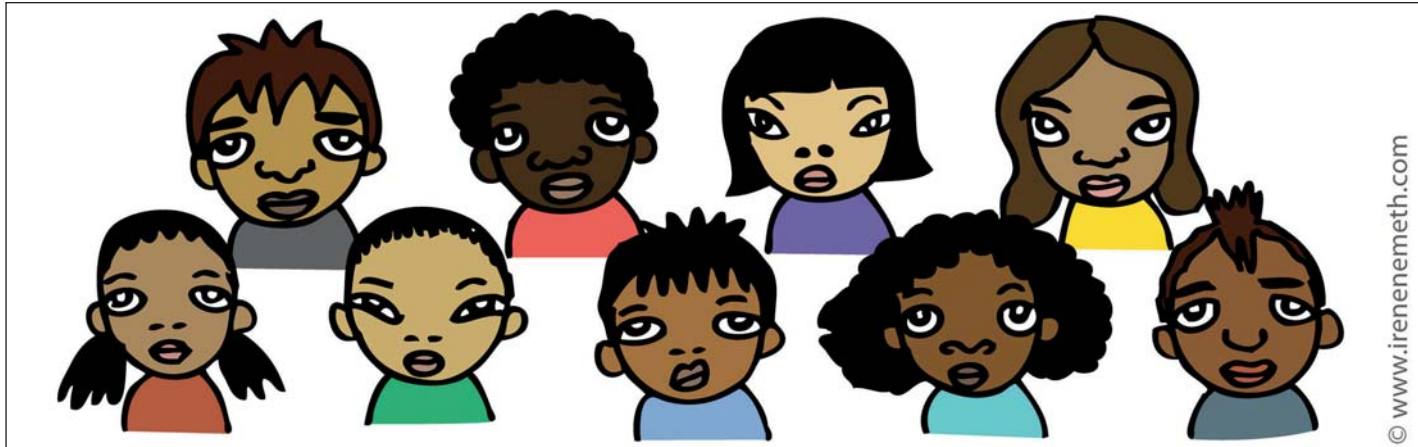
Die Unabhängigen GewerkschafterInnen fordern den Vorstand der GÖD und seinen Vorsitzenden, Kollegen Neugebauer, auf, diese fundierte Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage und die daraus abgeleiteten konkreten Forderungen im Interesse der ArbeitnehmerInnen und der öffentlich Bediensteten auch im Rahmen der GÖD zu verbreiten und in Zusammenarbeit mit dem ÖGB, seinen Teilgewerkschaften und den Arbeiterkammern, die auch Vertretungen der Vertragsbediensteten, VertragslehrerInnen und „ausgegliederter“ ASVG-Bediensteter sind, durchzusetzen.

Glück auf!

Für die UGöd: Beate Neunteufel-Zechner, beate.neunteufel-zechner@onb.ac.at, 0681 20 903 059
Reinhart Sellner: reinhart.sellner@gmx.at, www.ug-oegb.at/ugod, 0676 34 37 521

Muttersprache Deutsch!?

„Warum heißt unsere Sprache nicht Muttersprache?“



Im Modellplan der Neuen Mittelschule (NMS) in Wien wird der Europass als ein verbindliches Element angeführt. Der europäische Referenzrahmen umfasst 8 Schlüsselkompetenzen (Muttersprachliche/Fremdsprachliche/Mathematische/Computer/Lern- und Soziale Kompetenz; Eigeninitiative und unternehmerische Kompetenz; Kulturbewusstsein und kulturelle Ausdrucksfähigkeit).

Jubel! Endlich! – dachten viele KollegInnen in Anbetracht dessen, dass der Muttersprachlichen Kompetenz, sogar erstgeriebt, in Zukunft hohe Bedeutung beigemessen werden soll. Längst ist bekannt, dass Mehrsprachigkeit die berufliche Perspektive in der globalen Welt erhöht. Gute Kenntnisse der Muttersprache stellen für Kinder mit Migrationshintergrund unter dem Aspekt des Fremdsprachenlernens und der Berufsqualifizierung eine Bereicherung dar.

Leider zu früh gejubelt! Denn die Muttersprachliche Kompetenz ist für alle SchülerInnen, (auch für jene, die außerordentliche sind und noch gar nicht deutsch können, sic!) im Hinblick auf die deutsche Unterrichtssprache zu verstehen! (siehe NMS-Modellbeschreibung Modellplan vom 11.10.2011; Corazza, Doppler-Ebner, Ehgartner-Smolka, Mangl, Studencki, Zolles; Seite 4/6“ In Hinblick auf die deutsche Unterrichtssprache betrifft diese Kompetenz die deutsche Sprache“). Bedauerlicherweise lässt die Definition auf der Europass-Homepage http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/publ/pdf/11-learning/keycomp_de.pdf diese Interpretationsmöglichkeiten zu.

Recherchen haben ergeben, dass dies eine höchst eigenwillige, eine sonst nirgendwo anders auffindbare neue Interpretation des Begriffes „Muttersprache“ ist. Als Muttersprache bezeichnete man bisher, die in der frühen Kindheit ohne formalen Unterricht erlernte Sprache,

die Erstsprache (<http://de.wikipedia.org>). Und so stehen wir auch schon vor der Frage, welchen Namen wir dieser Sprache künftig in Österreich geben werden, jener Sprache, die unsere SchülerInnen mit „nicht deutscher Muttersprache“ zuerst gelernt haben. Oder werden wir für alle Kinder im Schülerbeschreibungsbogen „Muttersprache: Deutsch“ schreiben?

Diese Neudefinition wird noch für weitere Verwirrung sorgen! An NMS-Standorten mit SchülerInnen, die bis zu 85% Migrationshintergrund haben, werden Eltern nicht verstehen können, warum es einerseits muttersprachlichen Zusatzunterricht (z.B. türkisch) gibt, die Muttersprachliche Kompetenz aber Deutsch zu sein hat. LehrerInnen für Muttersprachlichen Zusatzunterricht werden an ihrer Identität und ihrem Wirken zweifeln und Mütter werden verwundert darüber sein, dass sie ihre sprachliche Bedeutung verloren haben...

Mutiert die bisher als Muttersprache definierte Sprachkompetenz zur Fremdsprachlichen Kompetenz oder wird sie einfach ignoriert?

Leider dürfte Letzteres der Fall zu sein, denn hier scheinen eher traditionell hoch geschätzte Sprachkenntnisse (Englisch, Französisch u.ä.) gemeint sein! Die Europass-Homepage meint dazu immerhin: „Man muss sich bewusst sein, dass viele Europäer in zwei- oder mehrsprachigen Familien und Gemeinschaften leben und dass die Amtssprache des Landes, in dem sie leben, nicht immer ihre Muttersprache ist. Für diese Gruppen kann sich diese Kompetenz auf eine Amtssprache anstatt auf eine Fremdsprache beziehen. Sie werden andere Bedürfnisse, Motivationen sowie soziale und/oder wirtschaftliche Gründe für die Entwicklung dieser Kompetenz zur Unterstützung ihrer Integration haben als beispielsweise Menschen, die eine Fremdsprache für Reise- oder

Arbeitszwecke erlernen. Maßnahmen, die sich auf diese Fälle beziehen und die Definition entsprechend anwenden, obliegen den einzelnen Mitgliedstaaten und sind von deren speziellen Bedürfnissen und Umständen abhängig.“

Es bleibt also zu hoffen, dass der Modellplan der NMS die standortspezifischen demografischen Verhältnisse berücksichtigt und die schulischen Richtlinien für den Europass entsprechend adaptiert. Vorbereitende Maßnahmen von Seiten des Stadtschulrates lassen allerdings für Wien das Gegenteil vermuten. Wienweit finden und fanden Fortbildungsveranstaltungen zur „Kompetenzenentwickelnden Jahresplanung“, die ab dem SJ 2012/13 für alle Wiener Pflichtschulen verbindlich ist, statt. Pilotschulen, die bereits für dieses Schuljahr die 8 Schlüsselkompetenzen in ihrer Jahresplanung berücksichtigen, zeigen, dass die Umsetzung dieser eigenwilligen Interpretation voll im Gange ist. Die Muttersprachliche Kompetenz (die Fähigkeit, Konzepte, Gedanken, Gefühle, Tatsachen und Meinungen sowohl mündlich als auch schriftlich ausdrücken und interpretieren zu können (Hören, Sprechen, Lesen und Schreiben) und sprachlich angemessen und kreativ in allen gesellschaftlichen und kulturellen Kontexten – allgemeine und berufliche Bildung, Arbeit, Zuhause und Freizeit – darauf zu reagieren; Weißbuch-Kompetenzenentwickelnde Jahresplanungen für Wiener Mittelschulen des Stadtschulrates für Wien, S 12) in deutscher Sprache, siehe www.jahresplanung.at) ist eine wichtige Schlüsselkompetenz – doch warum heißt sie nicht „Amts/Landes/- oder einfach Deutschkompetenz“???

Aus Respekt vor der Identität unserer Kinder mit Migrationshintergrund und ihren Müttern – Muttersprache soll Muttersprache bleiben!

Trixi Halama, halama@oeli-ug.at, 0699 19232800

Kurzmitteilungen

■ Finnland-Bildungsreise 2012

In www.oeli-ug.at/FinnlandReise2012.pdf sind die Informationen zur von Reinhart Sellner organisierten Finnland-Bildungsreise von 29.10.-3.11.2012 der ÖLI-UG.

Es ist zu befürchten, dass zum Zeitpunkt des Erscheinen des Kreidekreises die Reise schon ausgebucht ist, aber wenn durch zu viele Anmeldungen Bedarf für eine weitere Reise bekundet wird, werden wir wieder eine organisieren.

■ Diskussionsanstößiges

Ein A4-zweiseitig mit Diskussionsanstößen der ÖLI zum Dienstrecht, als pdf: www.oeli-ug.at/Dienstrecht.pdf, zwar schon über ein Jahr alt – aber es hat sich bezüglich neuem Dienstrecht seither nichts getan. Bloß die flache Gehaltskurve ist höher.

■ Interview mit Rupert Vierlinger

Interview mit dem 80-jährigen Rupert Vierlinger: Plädoyer für eine echte Gesamtschule "Du darfst lernen, weil es dich interessiert" - www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=521&Itemid=1

■ Die neue Mittelschule

Des Kaisers neue Kleider – oder: Pädagogische Mogelpackung?

Die Neue Mittelschule wird von den Koalitionspartnern als großer Schritt in der Entwicklung des österreichischen Schulwesens gepriesen. Wenn Sie einen genaueren Blick hinter die Kulissen der Neuen Mittelschule werfen wollen, biete ich Ihnen einen solche unter <http://nms.siggiwinkler.org> an. Der Link kann ohne Einschränkungen weiter gegeben werden. Siegfried Winkler.

Mit diesem 178-Seiten-Werk über die Neue Mittelschule hat er sich viel Arbeit angetan und kein Blatt vor den Mund genommen. Lest zuerst die letzten Seiten!

Neuer HAS-Lehrplan für die Praxishandelsschule – Ganztagesform: Ganztageschule und innovative Pädagogik - Hartnäckigkeit lohnt sich.

Das erfolgreiche Projekt HASNEU Bregenz stand Pate für den neuen Lehrplan der Handelsschule.

Ganztageschule – HASNEU Bregenz: Die bildungspolitische Dimension vor acht Jahren, die teils unwirtschaftlichen, kuriosen, oft „gspäßigen“ und manchmal schwierigen Rahmenbedingungen machten den besonderen Reiz des Projektes HANDELSSCHULE NEU Bregenz aus und erforderten ein hohes Maß an Hartnäckigkeit. Das Projekt begann mit einer jahrelangen entmutigenden Situation in der Handelsschule, über die Vision eines Lehrers, viel Überzeugungsarbeit, Planung und Umsetzung, einer wissenschaftlichen Evaluierung und endet vorläufig mit der Übernahme

der zentralen Bereiche im Lehrplan zum Schulversuch „Praxis Handelsschule“ Ganztagesform.

Hartnäckigkeit lohnt sich! Obwohl die Ganztageschule noch vor acht Jahren in Österreich „denkbar unmöglich“ war, deshalb politisch unerwünscht und anfangs ohne Unterstützung der Schulbehörde und des damaligen Direktors, wird die Ganztagesform zusammen mit modernen und innovativen pädagogischen und didaktischen Grundsätzen und Unterrichtsprinzipien in wenigen Jahren in den Handelsschulen Standard sein. Man darf hoffen, dass auch der neue Lehrplan für die Handelsakademien von einer entsprechend innovativen Entwicklung besetzt sein wird. Manfred Sparr, sparr@oeli-ug.at

Buchtip: Anti-Sarrazin von Sascha Stanicic

Argumente gegen Rassismus, Islamfeindlichkeit und Sozialdarwinismus.

Die ganz große mediale Aufregung um Thilo Sarrazins xenophobe Kampfschrift „Deutschland schafft sich ab“ ist inzwischen zwar wieder halbwegs abgeflaut, aber das Buch ist weiter prominent präsent. Gut also, dass es nun einen profunden und verständlichen „Anti-Sarrazin“ gibt. Der junge Deutsche Sascha Stanicic, Bundessprecher der Gruppe „Sozialistische Alternative“ (SAV), verbindet Kritik an Sarrazins rassistischen Thesen mit profunder Analyse von dessen Intention: die Spaltung der arbeitenden Bevölkerung entlang nationaler und religiöser Grenzen. Eine Spaltung, die den Herrschenden nicht nur hilft, die „Ausländer“ unten zu halten, sondern die auch und besonders dazu dient, die Rechte der gesamten arbeitenden Bevölkerung einzuschränken sowie Lohndumping, Privatisierung und Sozialabbau voranzutreiben: Rassismus und Sozialabbau als zwei Seiten dersel-

ben Medaille.

Stanicic geht dabei anschaulich auf die aktuellen Debatten um die schulische Integration von Migrant*innen, um Kopftuch und Antiislamismus, „Überfremdung“ und „Parallelgesellschaften“ ein und stellt klar, dass die wirkliche Spaltung der Gesellschaft nicht primär entlang nationaler und religiöser, sondern entlang sozioökonomischer Trennlinien besteht: „Die Reichen und Superreichen bilden zweifelsfrei eine Parallelgesellschaft, wenn man diesen Begriff bemühen will.“

Abschließend entwickelt Stanicic fortschrittliche Alternativen zu Sarrazin: den gemeinsamen Kampf um gemeinsame Rechte. Mit dem Endziel einer Gesellschaft, die keinen Bedarf an Rassismus mehr hat, weil Demokratie und soziale Gerechtigkeit gelebte Realität geworden sind.

Sascha Stanicic 2011: Anti-Sarrazin. Argumente gegen Rassismus, Islamfeindlichkeit und Sozialdarwinismus. PapyRossa Verlag, Köln. ISBN: 978-3-89438-477-7. 168 Seiten. 11,90 €

Bernhard Golob, golob@oeli-ug.at

Mauthausen Komitee Österreich Angebote für Jugendliche und LehrerInnen

Das Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) ist seit seiner Gründung österreichweit mit verstärktem Engagement in der Arbeit mit Jugendlichen tätig (www.mkoe.at).

Das neueste Angebot des Mauthausen Komitee Österreich sind Begleitungen an Orten ehemaliger Außenlager des Konzentrationslager Mauthausen. Informationen und Anmeldung sowie die Vor- und Nachbereitung der KZ-Gedenkstättenbesuche sind auf www.mauthausen-guides.at zu finden.



www.bildungsgewerkschaft.at

Schulsozialarbeit wird gesellschaftlich anerkannt

Wie wir unsere Kinder und Jugendlichen fördern können



Mag. Günter H. Brus,
Berufsschullehrer in Wien
Sozialarbeiter u. Mediator

Folge 2 der Serie Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit unterstützt und fördert die Befähigung von Kindern und Jugendlichen bei der Erreichung einer für sie und für ihr Umfeld befriedigenden Lebensweise, mittels Bereitstellung von (personellen) Ressourcen zu deren positiven Entwicklung, des Weiteren mittels Empowerment, das zu einer präventiven bzw. abmildernden Bewältigung von sozialen und persönlichen Problemen von Kindern und Jugendlichen beizutragen prädestiniert ist.

Schulsozialarbeit ist ein Berufsfeld der Sozialarbeit (Sozialen Arbeit), nutzt deren Methoden und Grundsätze und arbeitet interdisziplinär mit Fachleuten zusammen, wobei sich Theorie und Praxis an der Sozialen Arbeit als Handlungswissenschaft orientieren.

Das Berufsfeld der Sozialarbeit umfasst individuelle Hilfestellungen und ein gesellschaftliches Wachrütteln, oftmals Aufw(d)ecken zur Verbesserung von Lebenslagen sozial Gefährdeter und sozial Schwacher in persönlichen Lebensphasen, wie Kindheit, Jugend, Erwerbstätigkeit und Alter. Sozialarbeit verschreibt sich der sozialen Arbeit als Unterstützung jener, die aus Normalsicherungen, so genannten sozialen Netzen, herausfallen und wirkt einer rasant zunehmenden, schleichenden sozialen Verelendung, Verarmung und Vernachlässigung in Familie und Gesellschaft entgegen.

Abgrenzend als auch ergänzend findet sich der Begriff der Sozialpädagogik historisch bedingt im institutsorientierten Konnex von Heimen, Kindergärten, vermehrt in Horten, in der Nachmittagsbetreuung an Schulen, im außerschulischen und freizeithlichen Bereich (auch der Jugendwohlfahrt), der alles umfasst, was langläufig mit Erziehung, nicht aber unbedingt mit Schule und Familie zu tun hat.¹

Die Gefahr, Sozialarbeit (wieder einmal) systemimmanent als „stahlhartes

Gehäuse“ zu charakterisieren, birgt die Gefahr in sich, entmündigend auf das Individuum einzuwirken und somit dem System mehr Gewicht einzuräumen als der Lebenswelt des Einzelnen.² Populistischen Beispielen der noch nahen Vergangenheit (2010), wie der Aufforderung zum polizeilichen Abholen und Vorführen von Schulschwänzern als auch Zielsetzungen, eine Behebung von Schulabsentismus auf Schulsozialarbeit zu reduzieren, kann ich nur klare Absagen erteilen. Sozialarbeit ist keine Disziplinierungsinstanz des Staates!

Schulsozialarbeit ist ebenso wenig eine Disziplinierungsinstanz der Schule - auch nicht anderer, vor allem öffentlicher Institutionen!

Schulsozialarbeit lässt sich weder auf Kriseninterventionen reduzieren noch als Alibi für die Ziele anderer benutzen. Schulsozialarbeit grenzt sich vom Pausenclohn, von einer Reparaturstation, von Feuerwehraktionen oder kurzfristigen Kriseninterventionen ab und definiert sich im Sinne einer dauerhaften und gleichberechtigten Kooperation als eigenverantwortliche Profession, die als zusätzliche Ressource in die Schule integriert sein muss. Nur so kann sichergestellt werden, dass beide Sozialisierungssysteme, die Schule als auch die Sozialarbeit, ihren jeweils eigenen Aufgabenstellungen gerecht werden können und vom Synergiepotential, zum Wohle aller Beteiligten, profitieren können.³

Die Möglichkeiten der Verrichtung und Erbringung von gemeinnützigen Leistungen im Rahmen der Diversion (Strafprozessordnung §201), sollten, soweit Tätigkeiten der Sozialarbeit vorgesehen werden, seitens der Staatsanwaltschaft wohl überlegt eingesetzt werden, damit in Bevölkerung und Gesellschaft nicht der Eindruck erwecken werde, Sozialarbeit fände als „Tatenausgleich“ (siehe dazu auch StPO §204) von delinquent gewordenen Tatverdächtigen für sozial Schwache und sozial Wehrlose statt. Damit soll auch keinesfalls Vorschub geleistet werden, Sozialarbeit durch nicht-professionelle „Laien“ erbringen zu lassen und somit in der Bevölkerung ein Bild der Un-Professionalität von „sozialer Arbeit“ zu hinterlassen, die von Jederfrau/Jedermann ausgeübt werden kann.

Demgegenüber muss ich unbedingt festhalten, dass „soziale Arbeit“ in vielen Professionen – zwar nicht explizit – zumindest implizit als Tätigkeit definiert ist. Exemplarisch sei der Zielparagraph im SCHOG genannt, in dem die Aufga-

be der österreichischen Schule definiert ist: „... an der Entwicklung der Anlagen der Jugend nach sittlichen, religiösen und sozialen Werten sowie nach den Werten des Wahren, Guten und Schönen durch einen ihrer Entwicklungsstufe und ihrem Bildungsweg entsprechenden Unterricht mitzuwirken.“ Des Weiteren muss ich unbedingt festhalten, dass es zu einem wachsenden Zusammenhalt in der Bevölkerung kommt, wenn es auf Mikro- und Meso-Ebene darum geht, einem Nahepersonenkreis und Bekanntenkreis „sozial arbeitend“ zu helfen, soziale Ungerechtigkeiten aufzuzeigen, abzumildern und im Idealfall zu beheben.

Als primäres Ziel von Schulsozialarbeit wird immer wieder genannt, dass sie helfen soll, die Entstehung von Verhaltensabweichungen im schulischen Bereich zu verhindern, zumindest abzumildern, und bereits vorhandene Auffälligkeiten bei Schülern zum Anlass nimmt, sozialarbeiterisch rechtzeitig und effizient tätig zu werden.

Oftmals übersehen werden sekundäre Ziele! Schulsozialarbeit bietet unzählige Möglichkeiten, präventiv tätig zu werden, um einen späteren, vermehrten Zustrom von „auffällig“ werdenden bzw. gewordenen Schülern zur Jugendwohlfahrt oder anderen Sozialisationsinstanzen gering(er) zu halten.

Schulsozialarbeit geht von einer ganzheitlichen, kritischen, auch schulkritischen, lebensweltorientierten Betrachtungsweise aus, die alle Beteiligten nicht nur in ihrer Schulrolle sieht, sondern die Beteiligten und Betroffenen in der Gesamtheit ihrer lebensweltlichen Bezüge anspricht, weil Schulsozialarbeit auf Kooperation ausgerichtet ist und somit alle Zielgruppen einbezieht.

Schulsozialarbeit wird daher zunehmend als Oberbegriff eingesetzt, wobei „die gewählten Aktivitäten zu einer Öffnung der Schule nach innen und außen beitragen und eine soziale Verbesserung des Schullebens erwirken sollten. Eine Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen und privaten Einrichtungen, die in diesem Bereich arbeiten, ist unabdingbar“.⁴

Beginn der Serie ist im BS-Kreidekreis 10/2011, Zeitschrift downloadbar unter www.kreidekreis.net.

Aktuelle Informationen finden Sie unter www.guenterbrus.at.

¹ vgl. www.bisopbaden.ac.at/berufsfelder, www.rothschuh.de/10_SozAP.htm, 24.01.2012

² vgl. Weber (2006), *Wirtschaft und Gesellschaft*, vgl. Habermas (1981), *Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*

³ vgl. Brus (2010:87): *Die Zukunft der Lehrlinge*, zitiert nach Twrdy (2003), Olk et.al. (2000)

⁴ vgl. Brus (2009:4), zitiert nach Wulfers (2000:18, 1996:28): *Schulsozialarbeit, ein Beitrag zur Öffnung, Humanisierung und Demokratisierung der Schule*

PVAK-Entscheidungen Die ÖLI-UG kämpft für Ihr Recht!

Die Personalvertretungsaufsichtskommission beim Bundeskanzleramt hat kürzlich in mehreren Verhandlungen nach Eingaben eines ÖLI-Mitglieds wie folgt befunden (Zusammenfassung):

- Dass die Schulleitung mit dem DA über provisorische und definitive Lehrfächerverteilung wie über alle Diensterteilungen die einen längeren Zeitraum oder mehrere KollegInnen betreffen das Einvernehmen herzustellen hat und dass dazu der DA von der Schulleitung ausreichend Zeit (2 Wochen) bekommen muss und dass der DA darüber jeweils eine Sitzung abhalten und Beschlüsse fassen muss.
- Dass der DA-Vorsitzende (oder ein anderes DA-Mitglied) nicht berechtigt ist, ohne DA-Beschluss (in einer ordnungsgemäß einberufenen Sitzung) nach außen als DA aufzutreten, z.B. Aussendungen an die KollegInnen zu machen.
- Dass der DA den Wunsch einer Lehrkraft auf Vertretung der eigenen Anliegen innerhalb von kurzer Zeit behandeln und der Lehrkraft eine Antwort dazu geben muss.
- Dass der DA auf Wunsch eines Viertels der DA-Mitglieder innerhalb von 14 Tagen eine DA-Sitzung einberufen muss.
- Dass eine Dienststellenversammlung und deren Tagesordnung nur von einer ordnungsgemäß einberufenen Sitzung des DA beschlossen werden kann.
- Dass Protokolle von DA-Sitzungen zwar der Geheimhaltung unterliegen, aber allen DA-Mitgliedern jederzeit zugänglich sein müssen und dass das auch für alle Protokolle von früheren DAs gilt.
- Im Übrigen ist die Einvernehmensherstellung bei Diensterteilungen Aufgabe der Schulleitung (gem. § 9 des PVG). Sollte die Direktion das aber nicht tun, muss der DA aktiv werden (Schweigen des DA kann als Zustimmung gelten).

Anfragen und Infos:
oeli@kreidekreis.net
www.oeli-ug.at

•
CP IKS-Nr.: 267-53401-1010-1083
klimaneutral gedruckt
www.gutenberg.at

•
P.b.b. 4643 Pettenbach (Verlagsort)
GZ 02Z030917M



Fördertransparenz in Österreich DANKE an unsere Förderer!

Heute kann jede/r im Internet nachlesen, wer wieviel Förderung bekommt. Ein Kollege hat sich durch www2.land-oberoesterreich.gv.at/internetfoerderbericht/Start.jsp geklickt. Ihr könnt es nachvollziehen: Geht auf „Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft“, dort auf „Förderung des Unterrichtes“, dann auf „Förderung der Lehrerschaft“ und weiter auf „Fortbildung von Lehrer/innen“ klicken. Dann seht ihr, wieviel das Land OÖ 2010 an LehrerInnenvereine gezahlt hat:

411.000 Euro, davon 150.000 an den schwarzen CLV-OÖ, 120.000 an den roten SLOÖ, usw. bis 25.000 für den blauen FLV (der weder ein Mandat in einem Bezirks-DA noch in einem Landes-FA oder -ZA hat) bis 10.000 für den VCL-OÖ. Wie ist das in anderen Bundesländern?

Wir bekommen nichts von einem Bundesland, einer Partei, einem Ministerium. Nur von euch, liebe KreidekreisleserInnen.

ÖLI-Beitritt bzw. Bestellung eines Kreidekreisabonnements unter:
oeli@kreidekreis.net od. 0680 2124358, bzw. direkte Einzahlung von € 7,- für ein Kreidekreisabo/Jahr, € 45,- für Mindestmitgliedsbeitrag/Jahr bzw. € 30,- Mitgliedsbeitrag inkl. Kreidekreis-Abo und Berufssrechtsschutz/Monat auf PSK Nr. 78420320, BLZ 60000, ÖLI.
DANKE an alle unsere Förderer!

ÖLI AHS BMHS Seminar für Wien, NÖ, Burgenland

Schulung in Personalvertretungs- und Gewerkschaftsangelegenheiten.

Samstag 10.3. 2012, 09:30 - 15:00 Uhr
KIV-UG-Lokal, 1020 Wien,
Gr.Mohreng. 42 / Ecke Odeongasse
(U4 Nestroyplatz - Rotensterngasse)

Anmeldung unter hofmann@oeli-ug.at,
fuchsbauer@oeli-ug.at, hartig@oeli-ug.at
bzw. wieninger@oeli-ug.at.

Hinweise auf Artikel in oeli-ug.at

Die folgenden Beiträge u.a. siehe www.oeli-ug.at/krkr1201b.pdf

- „Arbeitsplatzsicherungsbeitrag“? Ablenkung vom Staatsabbau! www.oeli-ug.at/Staatsabbau.pdf v. Peter Steiner.
- Orientierungslos, planlos, sprachlos? Es wird refomiert im Staate Österreich. Eine Empörung. www.oeli-ug.at/Planlos.pdf v. Ambros Gruber.
- Gewaltstudie: Spiegelbild der Gesellschaft. www.oeli-ug.at/Gewaltstudie.pdf v. Peter Steiner.
- Oberstufenreform, www.oeli-ug.at/realitaet.pdf v. Josef Gary Fuchsbauer.
- Wie kann Österreich das Defizit verringern? www.oeli-ug.at/Defizit.pdf
- Angebote für Jugendliche und LehrerInnen des Mauthausen-Komitees. www.oeli-ug.at/Mauthausen.pdf
- Caritas-Landau zu Politik und Steuern. www.heute.at/news/politik/art23660,637729

ÖLI ZVR-Zahl 125480687

Falls unzustellbar bitte zurück an:

4643 Pflasterweg 7

DVR: 0581518

An: